

19. Dezember 2013

Weichenstellung, doch nicht in Richtung Freiburg

Die Schließung der Akademie-Außenstelle wird vorangetrieben.



Freiburger Akademie-Domizil: die Gertrud-Luckner-Schule Foto: ingo

Die Hoffnung in Freiburg war, dass aus Stuttgart ein klares Signal der Entwarnung zu hören wäre. Besser gesagt, das war die Erwartung im Streit um die Schließung der Freiburger Außenstelle der Karlsruher Kunstakademie. Jetzt ist nach einer Sitzung des Finanzausschusses in Stuttgart die Aussage eine ganz andere. Der Antrag der Fraktionen der beiden Regierungsparteien Grüne und SPD dringt auf folgenden Beschluss. Die Empfehlung der Denkschrift des Rechnungshofes wird aufgegriffen. Der Landtag soll die Landesregierung "ersuchen": "ein konkretes Raumkonzept für die Schließung der Außenstelle Freiburg der Kunstakademie Karlsruhe und die Verlagerung der dort vorgehaltenen Kapazitäten an den Standort Karlsruhe zu erstellen, die dadurch für das Land entstehenden finanziellen Auswirkungen zu ermitteln . . . und die Verlegung zu vollziehen unter der Voraussetzung, dass keine oder keine wesentlichen Mehrkosten entstehen." Kulturbürgermeister Ulrich von Kirchbach will sich zu dem internen Stuttgarter Papier gegenwärtig nicht äußern.

Baden-Württemberg:**ein Ort für Künstler?**

Doch sieht es stark so aus, als würde die Akademie der Stadt Freiburg in diesem Moment entgleiten. Eine entscheidende Weiche ist gestellt, die Zustimmung im Landtag einmal vorausgesetzt. Danach ist die Schließung der Außenstelle dann nur mehr eine Rechenaufgabe. Von einer einzusparenden Summe ist nicht mehr die Rede, die wäre die Mühe auch nicht wert gewesen. "Keine wesentlichen

Mehrkosten" ist eine Formulierung, die einen Spielraum lässt. Man will den Abzug der beiden Malklassen aus Freiburg nicht um jeden Preis – aber man will ihn. Dabei hat man sich offenbar die Argumente der Akademie zu eigen gemacht. "Keine vergleichbaren Studienbedingungen" in Karlsruhe und Freiburg, hatte der Rechnungshof konstatiert. Die Akademie, nachdem sie sich lange bedeckt gehalten hatte, machte deutlich, dass sie ein kulturpolitisch definiertes Freiburger Interesse an der Außenstelle und Akademie-Interessen für unvereinbar halte.

Die Akademie und zumindest nicht wenige ihrer Freiburger Studierenden vertreten die Ansicht, dass die mit einer stärkeren Reglementierung des Studiums verbundene Präsenzpflicht am Hauptstandort entscheidend gegen die Außenstelle spricht. In Karlsruhe, betonte Rektor Ernst Caramelle, finden der Vorlesungsbetrieb und die Arbeit in den technischen Werkstätten statt, die Prüfungen, die Jahresausstellungen. Nur in dem viel größeren Karlsruher Haus sei auch der für die Lehre essenzielle Austausch unter den Kommilitonen gewährleistet. Ob sich die Qualität des Austauschs nach der Menge der beteiligten Partner bemessen lässt, mag man für fraglich halten – dann wäre letztlich die Karlsruher Akademie der Stuttgarter hoffnungslos unterlegen. Nach Karlsruher Darstellung aber ist ein Wegzug aus Freiburg alternativlos – im Sinn "der Sicherung der Qualität der Lehre".

Die Argumente, die Freiburg für sich in Anspruch nimmt, sind: der langjährige Einsatz der Kommune für den Standort, vor allem auch in finanzieller Hinsicht. Die Verpflichtung des Landes der Stadt gegenüber, da die Außenstelle ihr einst als Entschädigung für den Verlust der eigenständigen Akademie zugestanden war. Und dieses vor allem: die außerordentliche Bedeutung des Akademiebetriebs für das künstlerische Leben in der Stadt. Die vom Kunstbüro der Kunststiftung herausgegebene Dokumentation "Baden-Württemberg: Ein Ort für junge Künstler?" weist den Freiburger Raum als eine Zone von hoher Attraktivität für die Bildkunst aus: Museen, private Sammlungen, Kunstvereine, Galerien, Projekträume. Die bieten jungen Künstlern notwendige Auftrittschancen. Und sie selbst brauchen die Künstler allerdings auch nicht weniger als diese sie.

Der Karlsruher Rektor Caramelle hatte für den Fall eines Abbaus der Außenstelle in Aussicht gestellt, dass die Akademie "die engagierte Zusammenarbeit mit den öffentlichen und privaten Einrichtungen der Stadt Freiburg pflegen und ausbauen" wolle. Den Gedanken, Freiburg mit kompensatorischen Leistungen abzufinden, nimmt jetzt der zitierte Antrag auf: Zu prüfen sei "in Zusammenarbeit mit der Stadt Freiburg die Einrichtung von postgradualen Angeboten für Künstlerinnen und Künstler mit abgeschlossenem Hochschulstudium am Standort Freiburg". Gemeint sein könnten Atelierräume, Stipendien et cetera. Auf dies vorgeschlagene Tröstungskonzept, auf dies neuerliche Entschädigungsangebot wird man in Freiburg sicher zurückhaltend reagieren.

Zu eruieren wäre jetzt in einer bemessenen Frist, wie ein Umzug der Außenstelle zu bewerkstelligen und Freiburg in der Rolle des Verlierers zu trösten sei. Bis zum 30. Juni sollte dem Landtag Bericht erstattet werden. Bis zum Jahresende 2014 dann auch in einer andern Sache, die doch andererseits auch die selbe ist. Punkt eins des Schreibens der Fraktionen

spricht von der gleichfalls durch den Rechnungshof des Landes angeregten "standortübergreifenden Strukturplanung" für die Akademien in Karlsruhe und Stuttgart – von einer "verbindlichen Festlegung der Zahl der Studienplätze". So ist die Streichung der Freiburger Außenstelle auch in dem Kontext zu sehen, dass der Akademiebetrieb im Ganzen kontrolliert werden soll und jedenfalls unterbunden und weggeschnitten, was Rechner für Wildwuchs halten könnten.

Fest steht, dass ausgebildete Künstler Baden-Württemberg allzu gern in Richtung Berlin oder Rheinland verlassen. Jetzt will man offenbar dafür sorgen, dass hierzulande nicht mehr gar so viele Ausgebildete anfallen.

Autor: Volker Bauermeister